bnr.de
blick nach rechts

26. Jahrgang | 04 | 19. Februar 2009

Rechte Szene 2

„Neoliberaler Rieger“
Die innerparteiliche Kluft in der NPD wird von den Kontrahenten in diversen Blogs im Internet noch verschärft.

Anhaltende Flügelkämpfe
Die NPD in Sachsen-Anhalt arbeitet an ihrer Neuausrichtung – Ziel ist eine „Volksfront von Rechts“.

Gespenstischer Aufzug
Rund 7000 Neonazis marschieren in Dresden – die Stadt soll zum Synonym für ein neue Stärke der „nationalen Bewegung“ werden.

Ausland 5

„Shalom, Barack!“
Sowohl die Wahl und Amtseinführung Barack Obamas wie auch der Gaza-Krieg haben bei der extremen Rechten in Frankreich zu durchaus kontroversen Reaktionen geführt.

Seitenblick 7

„Querfront“-Politik
Der rechtsextreme Publizist Jürgen Schwab plädiert für eine Zusammenarbeit von „Linken“ und „Rechten“.

Positiver Trend
Die siebte Folge der „Deutschen Zustände“ zeigt einen weiteren Rückgang der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“.

Grauzone 9

„Schutzpatron Deutschlands“
Anhänger des Erzengels Michael rufen zu einer Wallfahrt auf den Monte Gargano in Apulien im Jahr 2022 auf.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Die „Sache“ mit „Dr. Tod“
Der Verbleib des schrecklicher Verbrechen verdächtigen früheren KZ-Arztes Aribert Heim ist nach wie vor unklar.

Rezension 11

Überleben in höchster Not
Der Berliner Jude Herbert Lebram erinnert an die NS-Zeit – mit zwei jüdischen Frauen konnte er sich zwei Jahre bis zum Kriegsende im Haus einer Familie im niederländischen Alkmaar verstecken.

Meldungen 12

Rechte Szene

„Neoliberaler Rieger“

Die innerparteiliche Kluft in der NPD wird von den Kontrahenten in diversen Blogs im Internet noch verschärft.

Andreas Molau ist noch nicht zum neuen Vorsitzenden der NPD gewählt worden, da kann er schon einen ersten Erfolg vorweisen. Ob er darüber aber glücklich ist, ist freilich eine ganz andere Frage. Gleich in einer seiner ersten Stellungnahmen nach Bekanntwerden seiner Kandidatur hatte Molau der Partei geraten, die Möglichkeiten des „Weltnetzes“ besser zu nutzen. Die NPD tat wie empfohlen, und seither erleben manche NPD-Internetseiten – vorneweg die der Bundespartei – eine zuvor kaum erlebte Aktualisierungsfrequenz. „Regelmäßige Stellungnahmen (Podcasts) einiger verantwortlicher NPD-Politiker müssen im Netz zu finden sein“, hatte Molau zudem gefordert. Und prompt geschah auch das. Sein Kontrahent Udo Voigt stellte sich unter anderem mit einem „Appell zur Besonnenheit“ vor die Kamera. Molaus Intimfeind Jürgen Rieger ließ sich 45 Minuten lang vom Neonazi-Portal „Volksfront-Medien“ Stichworte für eine Generalabrechnung mit Molau & Co. geben. Molau selbst veröffentlichte selbst zwei Podcasts, zuletzt zur „nationalen Jugendpolitik“. Und schließlich sprang ihm noch Udo Pastörs per Video-Botschaft zur Seite, technisch unprofessionell und mit einer Interviewerin, die selbst einfachste Fragen vom Blatt ablesen musste.

„Erfolgreiche Blogs“ hatte Molau als ein weiteres Element erfolgreicher „Weltnetz“-Arbeit genannt. Einen eigenen – bisher aber eher dürftig bestückten – hat er selbst eingerichtet. Bessere Einblicke in das Gefühlsleben von NPDlern und „parteifreien“ Neonazis bieten von der Partei unabhängige Blogs, vor allem, aber nicht nur „Altermedia“. In den Kommentarspalten wird kräftig übereinander hergezogen. Molau wird zum „Achteljuden“, Rieger zum „Kostümnazi“, Generalsekretär Peter Marx zum „Einflüsterer eines Kalibers von ‘Jud Süß’“, Apfel zum „bestechlichen Gauner“ undsoweiter, undsoweiter.

Hier und da freilich findet man in den Blogs, in denen phasenweise beinahe jeden Tag irgendein mehr oder weniger bekannter NPDler seine Meinung äußert, doch noch Ungewöhnliches. Zum Beispiel von Sascha Roßmüller, stellvertretender Parteichef und Molau-Unterstützer. Wie Pastörs in dessen Podcast nimmt er sich primär nicht Voigt zur Brust, sondern den seiner Ansicht nach von Voigt protegierten Rieger. Wenig überraschend war Roßmüllers Ankündigung, er stehe „für eine künftige Mitarbeit nur in einem Parteivorstand zur Verfügung, in dem kein maßgeblicher Einfluss durch Jürgen Rieger gegeben ist“. Ungewöhnlicher war aber seine Argumentation. Er kritisierte Rieger nicht etwa primär wegen dessen NS-„Nostalgie“, die dem Hamburger Anwalt ab und an den Vorwurf einbringt, ein „Samenbanker“ und „Schädelvermesser“ zu sein, und warb auch nicht für einen „neuen“ Kurs unter einem Vorsitzenden Molau. Statt dessen stellte er seine Absage an Rieger und sein Plädoyer für Molau unter die überraschende Überschrift „Kurs halten in der politischen Positionierung – Keinen Wirtschaftsliberalismus a’ la Jürgen Rieger“.

Rieger habe im Vorstand „vehement eine neoliberale Haltung“ eingenommen, die dem sozialpolitischen Profil der NPD „geradezu völlig entgegensteht“, meint Roßmüller. Im Stile „eines antisozialistischen Feldzuges“ und „in FDP-Manier“ habe er sich beispielsweise gegen das „Solidaritätsprinzip im Gesundheitswesen und die von der NPD favorisierte einheitliche Bürgerversicherung“ ausgesprochen, und stattdessen mehr private Eigenverantwortung, den Schutz der Privaten Krankenkassen und die Vielfalt des Kassenwettbewerbs gefordert. Gebremst habe Rieger auch in der Frage, wie dem Machtmissbrauch durch privatwirtschaftliche Monopole etwa im Bereich der Energieversorgung begegnet werden könnte. Roßmüller: „Gerade in Zeiten einer Finanz- und Weltwirtschaftskrise, in denen die Ideologie des freien Marktes vor aller Augen entzaubert wird, muss sich die NPD von reaktionärer Marktgläubigkeit fernhalten.“ Riegers Position habe „mit einem wie auch immer programmatisch definierten ‘nationalen Sozialismus’ nichts, aber auch gar nichts gemein“. Wenn Rieger beispielsweise auf die Frage, warum er denn am 1. Mai auf die Straße gehe, nur die Antwort parat habe, „weil Adolf Hitler den 1. Mai zum Feiertag ausgerufen hat“, zeige er, „dass es ihm nicht um den Transport politischer Inhalte, sondern nur um Provokation um der Provokation willen“ gehe.

Tomas Sager

Anhaltende Flügelkämpfe

Die NPD in Sachsen-Anhalt arbeitet an ihrer Neuausrichtung – Ziel ist eine „Volksfront von Rechts".

Der interne Machtkampf in der NPD Sachsen-Anhalts ist noch nicht entschieden. Nach wie vor steht der Landesverband unter der Fuchtel des Bundesverbandes, der aber ja von internen Machtkämpfen auch nicht eben frei ist. Am 20. Februar geben sich der bisherige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und sein erklärter Herausforderer um das Amt, Andreas Molau, zeitgleich in zwei unterschiedlichen NPD-Kreisverbänden im Süden Sachsen-Anhalts ein parteiinternes Wahlkampf-stelldichein.

Die Flügelkämpfe in Sachsen-Anhalts Landesverband gehen unterdessen weiter. Aber während sich führende Akteure beim Kampf um Pöstchen und Pfründe noch gegenseitig mit Schmutz bewerfen, sortiert sich die NPD im Land neu. Schon lange arbeitet die rechtsextreme Partei auf verschiedenen Ebenen gezielt auf die Landtagswahl im Jahr 2011 hin, die anderen Parteien noch viel zu weit entfernt liegt, um überhaupt nur einen Gedanken daran zu verschwenden. Der Deutschland-Pakt mit der DVU läuft Ende des Jahres aus, und für Kommunalwahlen gilt er ohnehin nicht. Aber gerade die Kommunalwahlen im Juni dieses Jahres sollen die Generalprobe der NPD für die Landtagswahlen 2011 sein. Erklärtermaßen will die rechtsextreme Partei dann in Fraktionsstärke in die Kommunalparlamente der beiden großen Städte Magdeburg und Halle/Saale einziehen.

Dabei vollzieht die Partei derzeit einen tiefgreifenden Wandel weg vom bürgerlich-konservativ-nationalen hin zum radikal-intellektuellen Lager im rechtsextremen Spektrum. Treibende Kraft dabei ist der NPD-Nachwuchs, der JN-Landesverband Sachsen-Anhalt. Trotz ihrer nur geringen Personalstärke von rund 50 Personen haben die Jungen Nationaldemokraten mittlerweile die inhaltliche und strukturelle Wortführerschaft im gesamten rechtsextremen Spektrum Sachsen-Anhalts übernommen. Ein großer Teil der Jungen Nationaldemokraten in Sachsen-Anhalt hat einen höheren Bildungsstand oder studiert. Das führt nach Ansicht von Verfassungsschützern zu einer ganz neuen Qualität des Rechtsextremismus im Land. Sämtliche JN-Mitglieder werden vom Verfassungsschutz als ausgewiesene Neonazis eingestuft, und mit ihrem Parteinachwuchs öffnet sich die NPD damit zunehmend den radikalen und gewaltbereiten Kameradschaften mit dem Ziel, eine „Volksfront von Rechts" zu organisieren.

Vertreter dieser Linie ist Matthias Heyder. Zwar musste der heute 37-Jährige aus Elbingerode im Harz auf Druck der damaligen Landesvorsitzenden Carola Holz sein Amt als Landesgeschäftsführer der Landes-NPD aufgeben, seinen Vorstandsposten behielt er hingegen. Und er verweigerte sich auch dem kollektiven Rücktritt von acht Vorstandsmitgliedern um Carola Holz im September 2008. Mit einem weiteren Vorstandsmitglied , das sich ebenfalls dem Kollektiv-Rücktritt nicht anschloss, ist Heyder also derzeit formal Vertreter des NPD-Landesvorstands.

Und er hat Ambitionen, nach dem kommenden Landesparteitag das Amt des Landesvorsitzenden inne zu haben. Einen ersten Schritt dazu hat er getan. Einstimmig wurde er Anfang Februar in seinem Amt als NPD-Vorsitzender im Landkreis Harz bestätigt und zudem als Direktkandidat für die Bundestagswahl im September nominiert. „Es wird Zeit, dass wir unser Land zurückholen", sagte er in seiner Kandidatenrede. „Dass Sozial nur National geht, weiß instinktiv jeder, der von Hartz IV und Sozialabbau betroffen ist."

Heyder werden auch vom Verfassungsschutz größte Chancen auf das Amt des NPD-Landesvorsitzenden zugesprochen. Aber auch er werde die Partei nicht vollkommen umkrempeln können, ohne das eher gemäßigte konservativ-nationale Spektrum zu verprellen und womöglich sogar aus der Landes-NPD herauszudrängen.

Vorerst aber wird der Flügelkampf in Sachsen-Anhalts Landespolitik mit allen Mitteln weiter geführt. Wann die Fronten zumindest oberflächlich geklärt sind und welcher Flügel dann den Kurs vorgibt, wird sich erst bei den anstehenden Vorstandswahlen auf einem Parteitag klären. Aber der ist noch nicht einmal terminiert. Und dieser Termin ist auch noch nicht absehbar. Denn ein außerordentlicher Parteitag kostet Geld, und die NPD Sachsen-Anhalts hat mit erheblichen finanziellen Problemen zu kämpfen.

Eberhard Löblich

Gespenstischer Aufzug

Rund 7000 Neonazis marschieren in Dresden – die Stadt soll zum Synonym für ein neue Stärke der „nationalen Bewegung" werden.

Die NPD hat sich professionelle Verhaltensmuster anderer Parteien zunutze gemacht. Am Tiefpunkt interner Grabenkämpfe angelangt, demonstrierte die NPD-Führung zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens am 14. Februar das mühsam Erlernte: vor laufenden Kameras strahlen die Kontrahenten um den Parteivorsitz, Udo Voigt und Andreas Molau, einhellig um die Wette. Mit spitzen Fingern tragen sie gemeinsam das weiße Transparent der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag mit dem Slogan: „Ehre, wem Ehre gebührt". Neben Molau hat der neue DVU-Vorsitzende Matthias Faust aus Hamburg sein Dauerlächeln aufgesetzt. Molau und er verstehen sich auch noch, nachdem die Medienvertreter abgezogen sind. Zwischen dem niedersächsischen Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl, Molau, und dem seit 1996 amtierenden Parteichef Voigt herrscht eine angespannte Stimmung. Voigt lächelt nicht. Er gibt sich bemüht volksnah, spricht an diesem Tag lieber mit den Kameraden von der Basis, wie dem Dortmunder Siegfried Borchardt. Udo Pastörs, einer der Drahtzieher der Querelen, bleibt im Hintergrund. Der Fraktionschef im Schweriner Landtag gilt als ebenso cholerisch wie sein Erzrivale aus Hamburg, Jürgen Rieger, der gar nicht erst angereist ist. Doch in einem sind sich alle einig: Dresden soll zum Synonym für eine neue Stärke der „nationalen Bewegung" werden. Dresden genießt Kultstatus – und bindet auch eine zunehmend bürgerliche Anhängerschar mit ein.

Rund 7000 Kameradinnen und Kameraden haben sich gegen 12.00 Uhr am 14. Februar vor dem Hauptbahnhof in Dresden versammelt. Organisiert wird der Aufmarsch wie jedes Jahr von der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland" um Kai Pfürstinger und Arbeitsgruppen aus NPD und Kameradschaften. Als erster Redner wird der 95-jährige „Jagdflieger und Rechtsanwalt" Hajo Herrmann angekündigt. Der ehemalige Bomberpilot der Legion Condor spricht leise, seine Rede ist wenig verständlich. Das Interesse der braunen Masse ebbt schnell ab.

Auch das NPD-Führungspersonal besitzt nicht die Disziplin, ruhig zuzuhören. Vor der Bühne sammeln sich Anhänger der „Heimattreuen Deutschen Jugend", unter ihnen Ragnar Dam und Frank Klawitter aus Greifswald, der Lüneburger Alf Börm und Martin Götze aus Rottenburg, Baden-Württemberg, sowie junge Frauen in langen, dunklen Röcken. Unter den HDJlern sind auch junge Anführer aus Franken und Hessen.

Nachdem Herrmann von der provisorischen Bühne geführt wird, beginnt NPD-Vize Holger Apfel, Fraktionschef im sächsischen Landtag, mit seiner Rede. Apfel gibt sich kämpferisch: „Völkermord, Terror und Unterdrückung tragen einen Namen: den der Vereinigten Staaten von Amerika und Israels". Immer wieder beschimpft der Rechtsextremist das „Terrorregime" von der „amerikanischen Ostküste". Er behauptet, bei dem US-Bombardement handele es sich um „ein einzigartiges Kriegsverbrechen" und es sei „Ehrensache" für einen Nationalisten, Solidarität mit Ländern wie Afghanistan, Palästina oder Iran zu üben, „die die gleichen anglo-amerikanischen Terrorangriffe wie das deutsche Volk im Zweiten Weltkrieg" erleiden müssten. Apfels Stil ist provokativ bis zum Äußersten.

„Kein Platz für Nationalmasochisten"

Plötzlich breitet sich auf dem prallgefüllen Bahnhofsvorplatz Unruhe aus. Schwarzgekleidete Autonome ziehen ihre Kapuzen tiefer ins Gesicht und stürmen zum Eingang des Bahnhofes. Auch zahlreiche Anhänger der rechten Black Blocks aus dem Ruhrgebiet und aus Berlin sind angereist. Immer mehr junge Neonazis setzen sich in Bewegung. Sie schreien: „Antifa Ha-ha-ha!". Eine Sondereinheit der Polizei kommt von außen zur Verstärkung. Schnell werden mehrere Gegendemonstranten in den Bahnhof zurückgedrängt. Die angespannte Situation flaut allmählich wieder ab, nicht ohne Rüpeleien und Schubsereien von Neonazis gegen Journalisten. Nur wenige Polizeibeamte stehen direkt hinter den Gittern.

Gegen 13.00 Uhr setzt sich der endlose Zug Tausender Neonazis in Richtung Wettiner Platz in Bewegung. Aus dem Lautsprecherwagen dringen dramatische Töne eines Trauermarsches. Die HDJler an der Spitze des Aufzugs wedeln mit schwarz-weißen JLO-Fähnchen. Ihnen folgen gescheitelte Rechte aus Burschenschaften und Bünden. Danach kommt die NPD-Spitze, ihr folgen

die Blöcke diverser Bundesländer. Es gibt zahlreiche Transparente, darunter neben anderen mehrere NPD-Gliederungen, ferner Arbeitskreis Russlanddeutsche in der NPD, JN Sächsische Schweiz, die Nationalen Sozialisten Delitzsch, Kameradschaft Darmstadt, Rechte Aktions-Front Vogtland Reichenbach, Arbeitskreis Niedersachsen gegen das Vergessen, Nationaler Widerstand Hildesheim, Kameradschaft Northeim, Freie Nationalisten Altmark-West, AG Prignitz, Düütsche Deerns, Freier Widerstand Kassel, Kameradschaft Wunsiedel, Nationale Sozialisten Mainz-Bingen, Nationales Bündnis Dresden, NASO Erfurt, Aktionsgruppe Passau/Kameradschaft Freie Heimat, Nationale Sozialisten Ostsachsen, Mecklenburgische Aktionsfront undsoweiter. Einer trägt ein Schild mit der Aufschrift „Kein Platz für Nationalmasochisten“, ein anderer: „Israelis sind Völkermörder“. Gegen ihn wird die Polizei später wegen möglicher Volksverhetzung ermitteln.

Die Anführer der Freien Kräfte aus Norddeutschland um Thomas Wulff und Christian Worch haben sich gegen eine Teilnahme am JLO-Marsch entschieden. Sie sind nach dem von ihnen organisierten Fackelmarsch am Vorabend abgereist. Beleidigt wird Worch später beim neonazistischen Internetportal „Altermedia“ erklären, es habe ja auch kein NPD-Politiker an ihrer Veranstaltung am Freitag, dem eigentlichen Jahrestag der Bombardierung, teilgenommen. Immerhin 1100 Anhänger aus dem Spektrum der Kameradschaften hatten sich in eiseskalter Nacht zu einem Fackelmarsch formiert, unter ihnen auch Teilnehmer unter anderem aus Spanien von der „Alianza Nacional“, aus Österreich und Tschechien.

Zwei Hubschrauber kreisen unaufhörlich über dem langen Demonstrationszug. Vom zivilgesellschaftlichen Protest ist in der Altstadt nichts zu spüren. Die Straßenschluchten wirken fast menschenleer. Dennoch fühlen sich die Neonazis bestärkt, sie geben sich selbstbewusst und zeigen das auch. Junge Männer filmen die endlosen Reihen der Kameraden. Wenig später bereits tauchen bereits die ersten selbstgedrehten Filme im Internet auf. Auf der JLO-Homepage höhnt ein Schreiber, der „vollmundig verkündete Vorsatz, den Zug der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland zu stoppen“, sei trotz bundesweiter Mobilisierung „nicht einmal ansatzweise“ gelungen.

Andrea Röpke

Ausland

„Shalom, Barack!“

Sowohl die Wahl und Amtseinführung Barack Obamas wie auch der Gaza-Krieg haben bei der extremen Rechten in Frankreich zu durchaus kontroversen Reaktionen geführt.

Die Wahl des 44. US-Präsidenten Barack Obama belegt unter anderem, dass die Hürde des Rassismus, die bis dahin für einen so genannten „farbigen“ Kandidaten noch unüberwindlich schien, nicht mehr wirkte. Die „Rassenbarriere“ hinderte Barack Obama jedenfalls nicht am Wahlsieg. Nun wird es in Zukunft darum gehen müssen, über die Inhalte seiner Politik zu reden. Aber – so bleibt zu hoffen – es wird dann zukünftig endlich „gleichgültig“ sein, welcher Herkunft und Hautfarbe ist, sondern nur noch konkret um das gehen, was er tut oder lässt. Insofern ist die Wahl Obamas unstrittig „historisch“ zu nennen.

Ähnlich sieht das, freilich mit entgegen gesetzten Vorzeichen, auch die französische extreme Rechte. Bei ihr lassen sich zumindest zwei große Pole ausmachen, möchte man ihre Protagonisten nach ihren jeweiligen Positionen und Reaktionen zur Wahl respektive Amtseinführung ausmachen. Auf der einen Seite stehen jene extremen Rechten, denen schlicht ein Wahlsieg des Kandidaten der US-Republikaner, John McCain, als des rechteren der beiden Bewerber lieber gewesen wäre. Diese Protagonisten setzten sich im Vorfeld der Wahl für eine Unterstützung McCains ein, oder betrauern im Nachhinein dessen Niederlage. Eine derartige Position impliziert aber jeweils einen positiven Bezug auf das US-System als solches. Auf der anderen Seite finden sich jene Rechtsextremen, die das US-System als solches rundheraus ablehnen, die USA insbesondere als eine Einwanderungs- und „Mischlingsgesellschaft“ kritik- oder bekämpfungswürdig seien. Aus ihrer Sicht ist zudem erwähnenswert, dass „den Juden“ angeblich ein erhöhter Einfluss auf das US-System zukomme.

Die extremsten unterschiedlichen Reaktionen finden sich dabei – im französischen Falle – bei zwei Absplitterungen vom Front National: einerseits der NDR („Republikanische Neue Rechte“) und der NDP („Neue Rechte der kleinen Leute“) andererseits. NDR ging im September 2008 aus einer

Spaltung der – selbst erst am 1. Juni gegründeten – NDP hervor.

Nachdem dem damaligen Generalsekretär, Jean-François Touzé (früher Front National), von der NDP-Führung Pro-Amerikanismus sowie „zionistische Positionen“ vorgeworfen worden waren, gründete der daraufhin seine eigene Organisation und betrieb eifrig Werbung für die Unterstützung von McCain. Seitdem sich Ende Januar 2009 die Fraktion des Front National im Pariser Regionalparlament in zwei Hälften gespalten hat, sitzt Touzé jedoch nun in einer der beiden Fraktionen, die – unter dem Namen „Nationaux et Indépendants“ – von den langjährigen FN-Politikern Martial Bild und Martine Lehideux angeführt wird. Touzé gehört also weiterhin zum Funktionärsstamm der extremen Rechten. Er verkörpert jenen „proamerikanischen“ Ansatz, der zur Amtszeit von US-Präsident Ronald Reagan (1981 –1989) beim FN noch dominierend war. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist er als Mehrheitsposition jedoch durch einen eher antiamerikanisch aufgeladenen Nationalismus abgelöst worden.

„Amerika ist tot, es lebe Europa“

Die Wahl Barack Obamas wurde bei der NDR heftig kritisiert, unter anderem weil er „sozialistische“ Positionen einnehme. Oft wurde die Kritik aber noch zusätzlich durch „rassenbezogene“ Motive ergänzt. So beklagte der thatcheristische Ökonom Gérard Pince – einer der Weggefährten und Bündnispartner dieser Fraktion der extremen Rechten – in einem larmoyanten Beitrag auf der NDR-nahen Homepage „Rebelles.info“ unter dem Titel „Unsere Tag sind gezählt, dass „Die Weißen“ zu Opfern eines „rassistischen Votums“, nämlich jenes der ethnischen Minderheiten, geworden seien. Wünschenswert wäre hingegen ein Wahlsieg McCains gewesen. Im Unterschied zu anderen Fraktionen der französischen extremen Rechten zollte die NDR auch den jüngsten israelischen Militäraktionen gegen den Gazastreifen offenen Applaus und bezeichnete die Angaben über zivile Tote als „Propaganda“.

Die NDP weist ähnlich wie die NDR rassistische Beweggründe zur Ablehnung Obamas auf. Auch wird Obama – wie bei anderen Strömungen der extremen Rechten – als angeblicher verkappter Moslem denunziert. Darüber hinaus formuliert die NDP aber weitaus eher ihre generelle Ablehnung des US-Systems. Ihr Sprecher Robert Spieler, ein rechtsextremer elsässischer Regionalist und Fürsprecher eines „weißen Europas“, drückte dies in einer Erklärung vom 5. November 2008 aus: „Amerika ist tot, es lebe Europa!“ Und er fügte hinzu: „Der Kampf für unser Überleben findet heute auf dem europäischen Kontinent statt. Was die Zukunft Amerikas betrifft, ... es ist mir sch...egal!“.

Auf die Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt reagierte die NDP im Januar 2009 mit einer Form des nationalistischen Neutralismus, der von beiden Konfliktparteien vor allem forderte, dass deren Anhänger – die als französische Juden und Moslems identifiziert wurden – ihren Konflikt „nicht auf französischen Straßen austragen“ sollten. In einem Kommuniqué titelte man: „Weder israelische noch palästinensische Fahnen!“ Ähnlich positionierten sich die rechtsextreme Wochenzeitung „Minute“ sowie die militante rechtsextreme Gruppierung der ,,„Identitaires“.

Hingegen nutzte der alternde Parteichef des Front National, Jean-Marie Le Pen, die Stunde, um durch geschichtsrevisionistische Vergleiche die NS-Verbrechen zu relativieren und zu banalisieren. Er verglich am 8. und am 16. Januar den Gazastreifen mit einem „riesigen Konzentrationslager“ sowie dem Warschauer Ghetto. Betreffend die Wahl Obamas hatte Le Pen sich hingegen zurückgehalten. Der FN-Vorsitzende schlug einen eher paternalistischen und kolonial geprägten, denn offen rassistischen Tonfall an. Er selbst habe ja bereits in den 50er Jahren einen „farbigen“ Kolonialfranzosen, und ehemaligen Kriegshelden, auf eine Kandidatenliste befördert.

In mehreren Erklärungen aus unterschiedlichen Strömungen der extremen Rechten Frankreichs wird Obama nicht an erster Stelle als „Schwarzer“ angegriffen, sondern vorrangig als Vertreter einer „globalistischen Politik“ respektive multinationalen Elite, und/oder als Judenfreund. So war auf der Webpage „VoxNR“ („Stimme der Nationalrevolutionäre“) eine Stellungnahme unter der unzweideutigen Überschrift zu lesen: „Shalom, Barack!“ Autor ist der „Nationalbolschewist“ Christian Bouchet, der nunmehr das Ressort Außenpolitik der rechtsextremen Wochenzeitung „Flash“ leitet.

Bernhard Schmid

Seitenblick

„Querfront"-Politik

Der rechtsextreme Publizist Jürgen Schwab plädiert für eine Zusammenarbeit von „Linken" und „Rechten".

Wenn ein rechtsextremer Publizist ein Buch über die Partei „Die Linke" veröffentlicht, dann wird man in der Regel darin ein aggressiv formuliertes und negativ gehaltenes Zerrbild erwarten. Hierfür spricht auch der Titel „Angriff der neuen Linken" des neuesten Werks von Jürgen Schwab, der lange Jahre ein wichtiger Ideologe innerhalb der NPD war und nach seinem Parteiaustritt als unabhängiger Publizist im Rechtsextremismus agiert. Immerhin hatte er 1999 mit seinen „Deutschen Bausteinen" eines der wenigen programmatischen Werke in diesem politischen Lager veröffentlicht. Insofern verdient auch Interesse, was Schwab über die Partei „Die Linke" zu sagen hat. Entgegen Klappentext und Titel enthält sein Buch, das im rechtsextremen Hohenrain-Verlag aus Tübingen erschien, keine rigorose Verdammung als „kommunistisch" oder „volksfeindlich". Schwab kommentiert „Die Linke" aus seiner nationalistischen Sicht mitunter sogar wohlwollend.

Der inhaltliche Schwerpunkt des 375 Seiten starken Werkes liegt auf der Darstellung der politischen Ziele der Partei, wobei insbesondere die Auffassungen von Oskar Lafontaine referiert und kommentiert werden. Schwab zitiert seitenlang aus dessen früheren wie aktuellen Büchern, Erklärungen und sonstigen Veröffentlichungen. Schwab bekundet seine teilweise Übereinstimmung bei Fragen der Ausländer-, Außen-, Familien-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Er meint aber auch, dass diese Positionen Lafontaines nicht alle mehrheitlich in der Partei „Die Linke" geteilt würden. Darüber hinaus kritisiert Schwab, dass dieser für die „Aufhebung des deutschen Volkes als Abstammungsgemeinschaft (S. 238) sei und für eine multikulturelle Gesellschaft eintrete. Sozial- und wirtschaftspolitisch gilt ihm Lafontaine aber nicht als Sozialist: „In Wirklichkeit ist er, an seinen politischen Handlungen gemessen, nur ein Sozialdemokrat, der den Sozialstaat auf kapitalistischer Eigentumsgrundlage verficht. Das ist aber, wie schon am Beispiel HITLER behandelt, noch kein Sozialismus" (S. 204f.). In dieser Hinsicht behauptet Schwab auch Gemeinsamkeiten mit den Parteien seines politischen Lagers: „LAFONTAINE und seine politischen Freunde setzen wie echte nationale Parteien auf eine sozialstaatliche Lösung im Rahmen des kapitalistischen Systems" (S. 341). Statt dessen sollten sie aber nach Schwab die Eigentumsfrage stellen, also für die Enteignung des Großkapitals eintreten, und längerfristig eine Zusammenarbeit anstreben. Hinsichtlich des erstgenannten Aspektes vertritt Schwab innerhalb des Rechtsextremismus eine absolute Minderheitenposition: Kapitalismuskritik und Sozialismusforderung stehen ebendort nicht für die Enteignung von Großunternehmen, sondern beschränken sich meist auf die mentale Ebene in Gestalt von „Volksgemeinschaftsgefühlen".

Hinsichtlich der bündnispolitischen Überlegungen schreibt Schwab: „Meine Vision, der zufolge irgendwann einmal Linke und Rechte zusammenarbeiten könnten, ist so abwegig nicht. Schließlich könnten Nationalstaat, nationalstaatliche Demokratie, Sozialstaat und eine Sozialisierung großkapitalistischer Betriebe von Banken, Versicherungen, Handel und Industrie die Fixpunkte eines Programms sein, an dem – in einer revolutionären Situation – neben Nationalisten und Wertkonservativen auch nationale Linke mitwirken können" (S. 368). Die angesprochenen „Gemeinsamkeiten von LAFONTAINE-Gruppe und NPD" (S. 352) lassen Schwab demnach für eine „Querfront"-Politik, also eine Zusammenarbeit von „Linken" und „Rechten", plädieren. Hinsichtlich der Umsetzung ist er doch skeptisch: „Die Querfront ist vor allem die Geschichte ihres Scheiterns" (S. 354).

Hoffnung setzt Schwab offenbar auf Publizisten wie Jürgen Elsässer, der jetzt jüngst eine „Volksinitiative gegen Finanzkapital" vorstellte und damit wohlwollende Kommentierungen in der „Jungen Freiheit" auslöste (JF vom 16. Januar 2009). Danach fordert der frühere Stammautor der „Jungen Welt" oder des „Neuen Deutschlands" ein parteiübergreifendes Bündnis, welches den deutschen Nationalstaat gegen das amerikanische Finanzkapital in Stellung bringen will. Eingeschlossen seien Teile des Industriekapitals und der demokratischen Rechten – jedoch nicht die NPD. Die aber vertritt noch eher derartige Positionen, wie Schwab betont. Frühere Artikel Elsässers kommenierte er ausführlich und teilweise zustimmend.

Armin Pfahl-Traughber

Positiver Trend

Die siebte Folge der „Deutschen Zustände" zeigt einen weiteren Rückgang der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit".

Ein positiver Trend setzt sich fort: Die bundesweiten Zustimmungswerte zur Fremdenfeindlichkeit, zum Antisemitismus, zur Abwertung von Homosexuellen und Obdachlosen sowie zum Sexismus sind 2008 gegenüber dem Vorjahr gefallen. Das geht aus der neuesten Folge der „Deutschen Zustände" hervor, in denen das Team um den Bielefelder Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer im siebten Jahr über das Ausmaß der „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" (GMF) in Deutschland berichtet. Die Werte des Rassismus und der Islamophobie stagnieren. Steigende Werte stellten die Forscher für keines der zehn Elemente des GMF-Syndroms fest. 52 Prozent der Befragten stimmten 2008 der Aussage „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland" voll und ganz oder eher zu (2007: 54,7 Prozent). Dass man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken sollte, wenn Arbeitsplätze knapp werden, meinten 21,6 Prozent (2007: 29,7).

Ost-West-Perspektiven stehen im Mittelpunkt der siebten Folge. Die Analysen skizzieren eine Gesellschaft, die nach wie vor eher auseinanderdriftet als zusammenwächst. Zu diesem Fazit kommt auch Friedrich Schorlemmer in einem Gespräch mit Wilhelm Heitmeyer und Gunter Hofmann („Die Zeit"), das den Band beschließt. Anna Klein, Beate Küpper und Andreas Zick gehen dem Rechtspopulismus im vereinten Deutschland und damit einem zurzeit besonders relevanten Aspekt nach: Bundesweit bemüht sich die NPD – regional gilt dies für Gruppen wie die selbst ernannte Bürgerbewegung „pro Köln"/„pro NRW" –, menschenfeindliche Positionen mit populistischen Agitationstechniken zu verbinden, und auf diese Weise breitenwirksamer zu machen. Rechtspopulismus definieren die Forscher allerdings nicht als Agitationstechnik, sondern als „Einstellungsmuster, das autoritäre Law-and-Order-Haltungen, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus umfasst" (S. 93). Vom Rechtsextremismus grenzen sie ihn im Sinne Heitmeyers dadurch ab, dass sich dieser zusätzlich durch die Akzeptanz von Gewalt auszeichne.

Über die vergangenen sieben Jahre der Bielefelder Langzeituntersuchung ist die Zustimmung zu rechtspopulistischen Aussagen relativ stabil geblieben. Demnach liegt das rechtspopulistische Potenzial in den ostdeutschen Ländern etwas höher als in den westdeutschen. Das Gefühl der Benachteiligung (gegenüber dem Westen) und „eine negative Haltung gegenüber den politischen Eliten und Parteien" (S. 107) erweisen sich als zentrale Erklärungsfaktoren. Die Autoren führen das höhere Potenzial in Ostdeutschland somit auf Folgen des Vereinigungsprozesses zurück. Die These, dass ein Fortwirken der mangelnden demokratischen Sozialisation in der DDR entscheidend sei, stellen sie in Frage.

Andreas Zick, Beate Küpper und Sandra Legge gehen der Zivilcourage in Ost und West nach. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass das „Wegschauen, Wegducken und Wegignorieren" ausgerechnet in denjenigen Kreisen den Umgang mit dem Rechtsextremismus bestimme, in denen die NPD bei Wahlen erfolgreich gewesen sei. Sie führen dies auf einen Normalisierungseffekt zurück, den es zu durchbrechen gelte: Die NPD „wird enttabuisiert, auch von jenen, die sie gar nicht wählen" (S. 185).

Zu einer differenzierten Bestandsaufnahme antisemitischer Einstellungen haben die „Deutschen Zustände" in den vorangegangenen Bänden mehrfach beigetragen. Im Ost-/West-Vergleich gehen Jürgen Leibold und Steffen Kühnel dem klassischen Antisemitismus, dem sekundären – also einer spezifisch deutschen, der Schuldabwehr dienenden Variante des Antisemitismus – und einer antisemitisch gefärbten, NS-vergleichenden Israelkritik seit 1989 nach. Für alle drei Einstellungsmuster ist ein Rückgang erkennbar. Insgesamt sind antisemitische Haltungen im Westen stärker verbreitet, eine gewisse Annäherung findet allerdings statt. Der Rückgang des sekundären Antisemitismus und der NS-vergleichenden Israelkritik – so merken die Autoren zu Recht an – werde durch das „insgesamt hohe Niveau der Zustimmung zu entsprechenden Aussagen konterkariert (S. 144). Die Zustimmungsanteile zu diesen beiden Varianten liegen in den GMF-Erhebungen seit 2003 zwischen 51 und 73 Prozent.

Thomas Pfeiffer

Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7, Frankfurt a.M. 2009, (Suhrkamp), 338 Seiten, 11,-- Euro.

Grauzone

„Schutzpatron Deutschlands“

Anhänger des Erzengels Michael rufen zu einer Wallfahrt auf den Monte Gargano in Apulien im Jahr 2022 auf.

In rechtsklerikalen Kreisen wird für ein Projekt namens „Gargano 22“ geworben. „Gargano 22“ versteht sich als „Netzwerk und Förderer“ der Idee einer Jubiläumswallfahrt im Jahr 2022 zum Monte Gargano im italienischen Apulien. 2022 sollen nach der Vorstellung von „Gargano 22“, der Bundespräsident und Vertreter aus Politik, Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft zu einer Wallfahrt auf den Gargano bewogen werden. Auf dem Berg soll der Erzengel Michael dem Kaiser Heinrich II. im Jahre 1022 das Versprechen gegeben haben, „Schutzpatron Deutschlands“ zu sein.

Die Erscheinungsgrotte auf dem Gargano ist der Ausgangspunkt der abendländischen Michaelsverehrung. Heinrich II., der einzige „deutsche“ Kaiser, der heilig gesprochen wurde, wird in rechtsklerikalen Kreisen verehrt, da seine Herrscherzeit einen „Glanzpunkt einer christlich-katholischen Gesellschaftsordnung“ markiere. In seinem Reich gab es eine religiöse und politische Einheit: „Ein Vorbild für das heutige und oft gottferne und religiös wie weltlich gespaltene Europa.“

Da es bis 2022 noch eine Weile hin ist, wollen die Macher von „Gargano 22“ zwischenzeitlich die „Verehrung des heiligen Erzengels Michael als Deutschlands Schutzpadron fördern“ und an nichts Geringerem als der „Erneuerung Deutschlands mitwirken“.

Pressesprecher von „Gargano 22“ ist Uwe Lipowski. Der im brandenburgischen Zossen lebende technische Angestellte war in der Vergangenheit in verschiedenen Funktionen bei mehreren extrem rechten Splittergruppen aktiv, darunter beim „Aktionsbündnis für Brandenburg“, dem Bund Freier Bürger und der Deutschen Partei. Bei der fundamentalistischen Katholischen Pfadfinderschaft Europas (KPE) hatte er zeitweilig das Amt des „Feldmeisters“ inne. Lipowski ist Autor einer 47-seitigen „Denkschrift“ namens „Die Seelenmordindustrie“, die auf seiner Homepage abrufbar ist. In dieser Schrift schwadroniert Lipowski über die „Infantilisierung und die Emotionalisierung“ als „Grundelemente der Umerziehung, der Gehirnwäsche“. Deutschland, so Lipowski, sei „besiegt“ und das „Volk seit 1945 der Willkür der Sieger – die zu Befreiern umdefiniert wurden – hilflos ausgeliefert“. Projektleiter von „Gargano 22“ ist Christoph Rautenberg aus Ober-Ramstadt in Hessen. Rautenberg ist zugleich Ansprechpartner des „Michaelsbundes“, eines „lockeren Zusammenschlusses gleichgesinnter christlicher und junger deutscher Männer“, denen „das Ideal der geistlichen Ritterschaft für Gott und Deutschland der Leitstern ist“. Ziel des „Michaelsbundes“ ist ein „christliches Deutschland, in dem das deutsche Volk seine Heimat hat“.

Zu den Unterstützern des Projektes „Gargano 22“ zählen unter anderem Benedikt Frings (Köln), Benno Hofschulte (Frankfurt am Main), Thomas Jentzsch (Neustadt), Hans-Ulrich Kopp (Stuttgart) und Manfred Müller (Neuss). NPD-Kader Frings war im Dezember 2006 Teilnehmer der Holocaust-Leugnerkonferenz in Teheran. In einem Interview mit der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ erklärte Frings, dass „die BRD“ die „Alleinkriegsschuld-These und das Holocaust-Thema zur Quasi-Staatsreligion erhoben“ habe. Hofschulte ist Funktionär der rechtsklerikalen Deutschen Vereinigung für eine Christliche Kultur e.V. (DVCK). Jentzsch gehört der umstrittenen Priesterbruderschaft St. Pius X. an, die in den letzten Wochen mehrfach weltweit für Negativ-Schlagzeilen gesorgt hat. Der Bauunternehmer Kopp, Alter Herr der Münchner Burschenschaft Danubia, ist als „Hans Dampf in allen rechten Gassen“ bekannt. Auf dem Jahreskongress 1994 der „Gesellschaft für freie Publizistik“ hatte Kopp beispielsweise ausgeführt: „Ich fürchte, dass viele Patrioten den Ernst der Situation noch nicht erkannt haben. Nur so lässt sich erklären, dass ... immer noch und zunehmend groteskere Ab- und Ausgrenzungsrituale vollzogen werden, ... weil man zum Beispiel meint, dieser oder jener sei zu bürgerlich oder zu wenig radikal ...“. Müller, der bis 1999 im gymnasialen Schuldienst tätig war, hat für rechtsextreme Zeitungen und Zeitschriften wie „Die Aula“, „National-Zeitung“ und „Neue Ordnung“ zur Feder gegriffen. Der Ex-NPD-Funktionär ist Autor des 2005 erschienenen Buches „St. Michael – ‘der Deutschen Schutzpatron’? – Zur Verehrung des Erzengels in Geschichte und Gegenwart“.

Anton Maegerle

Blick in die Zeitgeschichte

Die „Sache“ mit „Dr. Tod“

Der Verbleib des schrecklicher Verbrechen verdächtigen früheren KZ-Arztes Aribert Heim ist nach wie vor unklar.

In wenigen Monaten, genau am 13. Juni 1979, sind 30 Jahre vergangen, seit sich ein Berliner Gericht mit der „Sache“ befasst hat, mit Dr. med. Aribert Heim. In dem Verfahren vor einem „besonderen Verwaltungsgericht“ ging es um das Vermögen Heims – im Wesentlichen um ein Wohnhaus in Berlin-Moabit, in dem 34 Mietparteien wohnten. Die Justiz suchte damals bereits seit 1962 nach dem hoch gewachsenen, schlanken Mann mit der auffälligen Mensurnarbe auf der linken Wange. Er wurde und wird verdächtigt, vor allem im KZ Mauthausen in Oberösterreich grauenhafte Verbrechen an Häftlingen begangen zu haben. Die Berliner Richter konnten den Beschuldigten nicht befragen. Er war nicht da. Sein Generalbevollmächtigter, Rechtanwalt Fritz Steinacker aus Frankfurt am Main, kannte den Aufenthaltsort seines Mandanten auch nicht. Und wenn doch, dann würde er ihn nicht preisgeben, sagte er. Schließlich gebe es die anwaltliche Schweigepflicht. Mitte der 70er Jahre wurde Steinacker von Journalisten in Düsseldorf während des Majdanek-Prozesses in derselben „Sache“ angesprochen. Der Strafverteidiger, winkte ab. Es gebe nichts Neues.

Das war der Stand bis Anfang Februar 2009. Dann sendete das ZDF eine Art von Fahndungsprotokoll mit dem Ergebnis, Heim sei vermutlich tot, gestorben 1992 in Kairo an einem Krebsleiden. Ein Grab, einen Totenschein oder DNA-Reste gebe es aber nicht. Der Mann, der heute 94 Jahre alt wäre, sei auf einem Friedhof in eine Kammer geschoben, dort aber bald entfernt und eingeäschert worden. Das sei in der ägyptischen Hauptstadt bei bettelarmen Toten üblich. So arm kann Heim aber nicht gewesen sein. Immerhin brachte das Mietshaus in Berlin Monat für Monat mehrere tausend Euro beziehungsweise DM ein.

Aribert Heim war als sehr junger Mann in die NSDAP eingetreten und machte rasch Karriere in der Parteihierarchie. In Mauthausen nannten die Häftlinge ihn „Dr. Tod“, weil er Gefangenen ohne Betäubung innere Organe entnahm – tödliche Eingriffe in aller Regel. Er soll auch Köpfe vom Rumpf getrennt haben. Die blanken Schädel habe er in seiner Wohnung aufgestellt – zur Dekoration, mal wegen der Schädelform, mal wegen eines schönen Gebisses. Mär oder Wirklichkeit? Beides ist möglich. Juristisch geprüft werden konnte das bislang nicht. Heim musste sich nämlich noch nie vor einem Strafgericht verantworten. Ein Laiengericht namens „Spruchkammer“, das ihn kurz nach Kriegsende wegen seiner Haltung während der NS-Zeit befragte, wollte schnell fertig werden und sprach ihn frei. Nun konnte Heim seine zweite Karriere aufbauen – als Arzt in Baden-Baden mit Praxis in Mannheim. Dort verdiente er gut und konnte sich die Immobilie in Berlin leisten. Kaufpreis 159.238, 84 DM. Das war damals viel Geld.

1948 heiratete Heim in Mannheim, wurde Vater und gehörte bald zur „besseren“ Gesellschaft. Parallel dazu geriet der schicke Frauenarzt aber ins Gerede. Seine Vergangenheit – da sei etwas nicht in Ordnung. Die Justiz in Baden-Baden leitete Ermittlungen ein, am 13. September 1962 erging Haftbefehl gegen Heim. Als die Polizei zugreifen wollte, hing in der Tür zur Praxis ein Schild: „Heute wird nicht praktiziert“. Ein Mannheimer Polizist erinnerte sich später: „Er muss hinten raus sein, als wir vorne rein wollten.“

Seit der Flucht hat das zuständige Stuttgarter Landeskriminalamt (LKA) hunderte von Spuren im In- und Ausland überprüft: Zwischen 1963 und 1967 scheint Heim in Ägypten als Polizeiarzt tätig gewesen zu sein – wie sein Kollege, der Buchenwalder KZ-Arzt Hans Eisele. Anfang 1975 war das LKA fest davon überzeugt, dass Heim noch lebte. Mal kamen Hinweise aus diesem, mal aus jenem Land, keiner führte zu dem Gesuchten.

Nach der Dokumentation im ZDF, in der auch Heims Sohn Rüdiger zu Wort kam, rauschte es kurz im Blätterwald. Seitdem ist Heim aus den Medien wieder verschwunden. Ein Phantom? Niemand scheint es zu wissen. Sein Sohn braucht den Vater nicht zu verraten. Gesucht werden muss weiter. Mord verjährt nicht. Das LKA wartet jetzt auf die Einreisegenehmigung aus Kairo. Dort soll weiter ermittelt werden. Vorerst haben ägyptische Behörden in Stuttgart eine Aktentasche mit persönlichen Dokumenten Heims abgegeben.

Heiner Lichtenstein

Rezension

Überleben in höchster Not

Der Berliner Jude Herbert Lebram erinnert an die NS-Zeit – mit zwei jüdischen Frauen konnte er sich zwei Jahre bis zum Kriegsende im Haus einer Familie im niederländischen Alkmaar verstecken.

Nicht jeder jüdische deutsche Bürger hat zwischen 1933 und 1945 Verfolgung, Haft, Folter und Deportation am eigenen Leib erfahren. Aber jedem einzelnen drohte all' dieses und noch mehr: die Ermordung in einem Konzentrationslager – wenn sich nicht durch sichere Verstecke oder Emigration das Schicksal in eine hoffnungsvollere Richtung wenden ließ. So wie bei Herbert Lebram, der 1939 mit seiner Frau aus Berlin in die Niederlande emigrierte. Über seine Herkunft und die dramatische Zeit in einem Versteck in Alkmaar zwischen 1943 und 1945 schrieb Herbert Lebram bereits in den achtziger Jahren. Nun sind seine Aufzeichnungen unter dem Titel „Im Versteck" in der Reihe Rohnstock Biografien erschienen.

Es ist ein sehr normales, ein bürgerliches Leben, das Herbert Lebram und seine Familie bis 1933 in Berlin führen. Als sowohl mit dem Judentum wie mit der deutschen Nation verwurzelte Menschen fühlen sich die Lebrams auch durch antisemitische Bemerkungen nicht ernsthaft bedroht – bis die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten sie eines anderen belehrt. Herbert Lebram, Jahrgang 1901, ist zu diesem Zeitpunkt im Begriff, Karriere als Konfektionär zu machen. Er schafft es sogar noch in den ersten Jahren der NS-Diktatur, mit einem Kompagnon eine eigene Firma aufzubauen. Doch bald schon spitzt sich die Lage für die gesamte Familie so bedrohlich zu, dass sie alle Energie in die Vorbereitung ihrer Flucht stecken. Während Mutter, Schwester und Schwager Herbert Lebrams sich auf die beschwerliche Reise über die Sowjetunion Richtung US-amerikanische Westküste begeben, nutzen Herbert Lebram und seine Frau Ursula Kontakte in die Niederlande, um mit einem Linienflugzeug im Februar 1939 nach Amsterdam zu fliegen.

Anfangs gestaltet sich das Leben im Nachbarland relativ normal, Herbert Lebram kann schon bald wieder als Konfektionär arbeiten, und regelmäßig trifft sich das Ehepaar mit anderen jüdischen Emigranten aus Deutschland. Doch mit dem Kriegsverlauf und dem Einmarsch der Nazis in die Niederlande wendet sich auch das Leben der Lebrams wiederum dramatisch. Mit Hilfe mehrerer Unterstützer aus dem Umfeld der reformierten Kirche finden sie Aufnahme bei einer Familie in Alkmaar, die sie bis zum Kriegsende in ihrem Haus versteckt. Kurz darauf nehmen die Retter, Herr und Frau van Hartingsveldt, auch noch eine enge Freundin der Lebrams auf. Unter großen Entbehrungen und mit karger Nahrung überstehen die drei Emigranten mehr als zwei Jahre in ihrem Versteck – entkommen dabei sogar mehreren Hausdurchsuchungen durch die Nazis mit knapper Not, indem sie sich in einer engen Nische auf dem Dachboden verbergen. Nach dem 8. Mai 1945 siedeln Herbert und Ursula Lebram wieder nach Amsterdam zurück und bauen ein Konfektionsgeschäft auf.

Die Aufzeichnungen Herbert Lebrams, die von dem Autobiografiker Michael Lennackers für die Veröffentlichung bearbeitet worden sind, leben vor allem vom starken Kontrast. In die chronologische Schilderung der Ereignisse mit Beginn der Emigration in die Niederlande sind fortlaufend Kapitel eingearbeitet, die Herbert Lebrams Lebensgeschichte bis 1933 nachzeichnen. So versammelt der Band Schilderungen eines sehr normalen, bürgerlichen Lebens in den Jahren der Weimarer Republik auf der einen, den Abriss eines aus den Fugen geratenen und ständig existenziell bedrohten Schicksals auf der anderen Seite. Herbert Lebram setzte sich bis zu seinem Lebensende mit der Zweiteilung seiner Geschichte auseinander. Im Schlusskapitel schreibt er: „In den achtziger Jahren fing ich an, (…) die Erinnerungen an mein erstes Leben aufzuzeichnen. (…) Von meinen glücklichen Kindheitstagen, von meinem Leben als Deutscher, bevor der Terror einsetzte. Untrennbar ist mir beides miteinander verwoben. Ich kann nicht an das eine ohne das andere denken."

Gudrun Giese

Herbert Lebram: Im Versteck, Rohnstock Biografien, Barbara Budrich Verlag, Opladen 2009, 204 Seiten, 17,90 Euro

Meldungen

„Benefiz"-Konzert mit „Weissen Wölfen"

Detmold/Augustdorf – Ohne die intern angekündigten Rechtsrock-Bands „Lunikoff-Verschwörung" und „Cherusker" fand ein Neonazi-Konzert am ersten Wochenende im Februar konspirativ in Ostwestfalen statt. Als Schleusungspunkt wurde am späten Samstagnachmittag, den 7. Februar über eine Kontaktnummer ein Parkplatz an der A 33 in der Nähe von Bielefeld angegeben. Von dort schickten die Organisatoren aus dem Umfeld der Autonomen Nationalisten Höxter die Anreisenden aus Hessen, Baden-Württemberg, Hamburg oder dem Emsland zu einer Fabrikhalle im Industriegebiet in Augustdorf weiter. Dort spielten dann tatsächlich „Extressiv" aus Dortmund und die „Weissen Wölfe" aus Arnsberg. Die „Weissen Wölfe" wurden bekannt mit Textzeilen wie „Juda verrecke" und „Deutschland erwache". Auf ihrer CD drohte die Band „Für unser Fest ist nichts zu teuer – 10.000 Juden für ein Freudenfeuer.(..) Ihr tut unsrer Ehre weh – unsre Antwort Zyklon B". Nach Angaben der Polizei in Detmold hatte die Neonazi-Veranstaltung „keine Außenwirkung". Die Organisatoren hätten lediglich eine Art „Benefiz"-Konzert aufgezogen, um Geld für die Beerdigung eines 28-jährigen verunglückten Kameraden aus den Reihen der Freien Kräfte Höxter zu sammeln, hieß es. Immerhin soll der Eintritt bei 15,-- Euro gelegen haben, berichten Insider. Die eingesetzten Beamten „kontrollierten und begleiteten" die braune Party bis zum Ende gegen 3.00 Uhr Nachts. In Ostwestfalen fanden in den vergangenen Jahren immer wieder ungestört Neonazi-Konzerte wie unter anderem in Titelsen, Leopoldshöhe oder Minden statt. Auch diesmal habe es nach Polizeiangaben „keine Anlässe strafrechtlicher Art" gegeben, denn es wurde ihrer Kenntnis nach „kein rechtsradikales Liedgut gespielt!" (ar)

Parteiwechsel

Dortmund – Axel Thieme (60), bislang eines von drei Stadtratsmitgliedern der DVU in Dortmund und ihr stellvertretender Kreisvorsitzender, ist offenbar zur NPD gewechselt. Die Dortmunder NPD teilte mit, Thieme verlasse die Deutsche Volksunion und werde bei der Kommunalwahl in diesem Sommer als Oberbürgermeisterkandidat der NPD antreten. Thieme wird mit den Worten zitiert, „im Hinblick auf die jahrelange erfolgreiche Zusammenarbeit" zwischen der NPD und ihm sei der Beitritt zur NPD „für mich nur ein konsequenter Schritt" gewesen. Der DVU bescheinigte er, „hoffnungslos überaltert" zu sein. Es sei daher falsch, „nochmals eine Ratsperiode von fünf Jahren abzuwarten, um dann aus Altersgründen der NPD sowieso das politische Feld in Dortmund zu überlassen". Eine Chance gebe es nur „mit einer jungen, nationalen, demokratischen Partei, die bedingungslos und radikal für die Interessen der Deutschen in Deutschland" eintrete und auch in der jungen Generation verankert sei. Thieme hatte 2005 bei der Bundestagswahl und der nordrhein-westfälischen Landtagswahl bereits auf der Liste der NPD kandidiert. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de